



Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in- und ausländischen Vertrieb monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: Rr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg, Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Säckler & Co., Wildbad. — Postfachnummer: 261 74. — Postfachnummer: 261 74. — Postfachnummer: 261 74.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volkmer.

Wie das englische Volk betrogen wurde Ein nicht eingelöstes Pfand

Unter dem Titel „Das nicht eingelöste Pfand“ hat der schottische Universitätsprofessor John Orr im Verlag von Williams u. Norgate in London ein kleines Buch erscheinen lassen, in dem er gegen die britischen Staatsmänner der Kriegs- und Nachkriegszeit die Anklage schleudert, das britische Volk und besonders die im Krieg Gefallenen durch den Widerspruch zwischen den zu Anfang verkündeten Kriegszielen und dem, was schließlich daraus wurde, betrogen zu haben.

Der verstorbene Liberale Asquith, der bei Kriegsausbruch englischer Ministerpräsident war und mit allen Mitteln die widerstrebenden Kabinettsmitglieder zur Zustimmung zur Kriegserklärung an Deutschland überredete, mußte am 8. Februar 1920, als der Vertrag von Versailles fertig war, in einer Rede eingestehen:

„Es ist nicht der saubere Friede, den ich und andere stets im Auge hatte, der dem Krieg durch den Krieg ein Ende bereiten sollte. Es ist nicht der saubere Friede, den wir alle ohne Unterschied der Parteien gegen Ende des schweren Krieges ersehnten und erarbeiteten.“

Dieses Bekenntnis Asquiths nimmt Orr zum Anlaß, um die Gründe darzutun, warum in Paris kein Friede, sondern die Fortsetzung des Kriegs zustande kam, warum das Pfand nicht eingelöst wurde, mit dem die damalige liberale Regierung in London das britische Volk zum leidenschaftlichen Eintritt in den Krieg hineintrieb.

Orr schreibt wörtlich: „Krieg dem Krieg! Krieg dem Militarismus! Freiheit, Recht und Gerechtigkeit für alle Völker! Einsetzung der „wahren Demokratie“! Mit dieser Parole durchzog Asquith in den ersten Kriegsmontaten das Land und appellierte an die Männer, ihr Leben für diese hohen Ziele hinzugeben. Nichts hörte man in seinen Reden von einem Krieg nach dem Krieg. Dieses neue und unerwartete Ergebnis brachte erst der Waffenstillstand, der weder den Krieg beendete, noch eine Gelegenheit zu ehrlichen und offenen Verhandlungen brachte, dafür aber die furchtbaren Wirkungen der Fortsetzung der Hungerblockade nach dem Krieg. Diese neue Form eines Kriegs im Frieden wurde bei den Friedensverhandlungen fortgeführt und in dem Geist: Fortsetzung des Kriegs im Frieden, die Friedensbedingungen aufgestellt.“

Wo liegen die Gründe hierfür? Einmal in der bankrotten Haltung der britischen Staatsmänner, die England seit 1904 anging, als seine Politik die Politik Frankreichs aufzuheben, deren Geschichte, Geist, Ansichten und Methoden in verhängnisvollem Widerspruch zu den britischen standen. Sodann die Verachtung und Verwerfung der Handlungsmuster ihrer Vorgänger aus früheren Jahrhunderten. Kein britischer Staatsmann ist jemals zu dem Geständnis gezwungen worden, ein Friedensabkommen zu beurteilen zu müssen, wie es Asquith am 8. Februar 1920, Lord Curzon am 13. Februar 1923, Chamberlain am 23. Oktober 1925 und zuletzt noch Churchill in seinen „Erinnerungen“ hinsichtlich des Versailler Vertrags tun mußten, daß nämlich „die Aufgabe nicht gelöst, die Kriegsgefahr in keiner Weise bebantet wurde und der alte Antagonismus einem neuen Platz gemacht hat.“

Bis zum November 1918 schienen die Leiter der britischen Politik in den Wegen ihrer Vorgänger weiterzuwandeln. Sie erklärten mehrfach, aus diesem Krieg nichts gewinnen zu wollen. In diesem Zeitpunkt aber gingen sie von der Grobmut zur Habsicht über. Ihr Wahlversprechen war nicht länger, daß nichts mehr gewonnen oder genommen werden sollte, sondern sie gingen mit denen, die da saßen, daß nichts, das gewonnen werden könnte, dem Geener belassen werden dürfe. Sie verhielten sich mit Haut und Haaren Frankreich und seiner Politik. Um sie zu rechtfertigen, war das erste, was sie taten, in den Vertrag die Anerkennung von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld einzuflügen, die dieses seitdem als eine falsche und entehrende Anklage betrachtete.

Scharf verurteilt Orr die britische Nachkriegspolitik, die stets im Bonn der „Sicherheitsforderung“ Frankreichs stand und der erst die gegenwärtige Arbeiterregierung ein Ende machte, als sie auf der Londoner Flottenkonferenz erklärte, daß ihrer Ansicht nach diese „Sicherheit“ durch die Völkerverbundfaktung, die Verträge von Locarno, die Annahme der Vorkriegsklausel durch 33 Staaten und endlich den Kriegsschlichtungspakt genügend gewährleistet sei.

Aber die Arbeiterregierung sprach zwar von diesen Dingen, die der Sicherung des Friedens dienen sollen. Eines hat sie aber selbst nicht getan, nämlich dafür gesorgt, daß der Krieg endlich aufhört. Sie verfolgt nach wie vor die Politik der Entziehung von Reparationen. Sie wird zwar behaupten, daß dies keine Kriegführung bedeute, aber sie wird nicht sagen können, daß es dem Frieden förderlich sei. Wir haben schon viel zu viel aus Deutschland herausgepreßt, und man sollte jetzt eher einiges zurückerhalten, um die Erfolge reifen zu lassen, die eine solche Handlungsweise herbeiführen wird. Frankreich ist viel früher schon dessen als Schuldia erwiesen worden, wessen man Deutschland beschuldigt hat. Neue hat es darüber nicht gezeigt, und es kann für den

Tagespiegel

In der Völkerverbundversammlung widmete am Freitag der Vorsitzende dem verstorbenen Reichsminister Stresemann anlässlich seines Todestags (3. Oktober) einen ehrenden Nachruf.

Außenminister Briand und Handelsminister Flandin berichteten am Freitag in Paris in einem Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten über die Verhandlungen in Genf.

Frieden nicht förderlich sein, einer schuldigen Nation zu gestatten, einer andern Nation erdrückende Strafen und Reparationen aufzuerlegen. Wenn unsere Regierung darüber nachdenken würde, müßte sie dies zugeben. Indem sie seinerzeit aber Mut, Haß und Rachegefühle teilte, unter denen der Vertrag von Versailles zustande kam, scheint sie sich heute mit diesem verhängnisvollen Element in diesem Friedensinstrument abzufinden und nicht zu überblicken, was sie damit anrichtet. Unsere Staatsmänner, die über diese unendliche Verwirrung und die immer schneller emporschleichenden Feindschaften nachbrüten, fordern in ihren Reden immer nur gänzlich hilflos einen Wechsel der Gesinnungen und Empfindungen. Sie scheinen nicht zu wissen, daß allein eine Aenderung ihrer Politik dies herbeizuführen vermag. Großbritannien ist bis jetzt mit dem Schwert in der einen Hand und der Geldharte in der anderen ein merkwürdiger Friedensstifter gewesen.

Die den Gefallenen gegenüber bestehende Schuld, die Herbeiführung des Friedens, ist einzulösen, einzulösen mit allen Mitteln; Geld, Land, Ehrgeiz und Leidenschaft müssen diesem Ziel zum Opfer gebracht werden. Die hierzu notwendige aufbauende Politik besteht in der Grobmut durch Streichung alles dessen, was verfehlt und unrecht ist. Das schuldet England heute seinen Seeleuten und Soldaten, die gekämpft haben und gefallen sind, den Einfluß der Gerechtigkeit in der internationalen Politik zu festigen und zu erweitern.“

Zur innerpolitischen Lage

Die Vereinbarung Brüning—Braun

Berlin, 3. Oktober. Wie in politischen Kreisen verlautet, sollen die Besprechungen des Reichstanzlers Dr. Brüning mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun das Ergebnis gehabt haben, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages den kommunistischen Mißtrauensantrag, der in der ersten Sitzung zu erwarten und über den bereits am andern Tage abgestimmt werden muß, nicht unterstützen, sondern für einen Gegenantrag stimmen werden, der von den Regierungsparteien eingebracht werden soll: nämlich über alle anderen Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Da dieser Antrag der weitergehende sei, müsse über ihn zuerst abgestimmt werden; durch seine Annahme würden demnach alle Mißtrauensanträge fallen. Ebenso werde die Sozialdemokratie weder ihren Antrag im vorigen Reichstag, die Notverordnung aufzuheben, wiederholen, noch einen derartigen Antrag von anderer Seite unterstützen, sondern gegen den Antrag stimmen. Endlich soll die Sozialdemokratie auch den Ueberbrückungskredit bewilligen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist zu ihrer ersten Sitzung für 13. Oktober, den Tag des Zusammentritts des Reichstags, 10 Uhr vormittags, einberufen worden.

Kampfanzeige der Deutschnationalen

Berlin, 3. Oktober. Von maßgebender deutschnationaler Seite wird folgendermaßen zu dem soeben veröffentlichten Regierungsprogramm Stellung genommen:

1. Der Wirtschafts- und Finanzplan des Kabinetts Brüning geht an den Kernpunkten unserer Politik vorbei: an der Tributfrage und an der Außenhandelspolitik.
2. Vereinfachungen im Steuersystem und Sparsamkeit auf allen Gebieten sind Selbstverständlichkeiten.
3. Die Zunahme der Beschäftigungslosigkeit der Betriebe und die Erwerbslosigkeit stehen in engstem Zusammenhang mit der Tribut- und Handelspolitik, die eine übermäßige Einfuhr fremder Waren begünstigt und die Ausfuhr deutscher Waren erschwert.
4. Jedes Opfer eines Berufsstands oder jede Mehrbelastung einer Wirtschaft, einschließend der

Erfinder — Vorwärtstrebende
5000 Mark Belohnung
Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co., Berlin SW. 11.

Harmonium-Gelegenheitskauf vorzügl. Fabrikat, neuwertig, bei leichter monatlicher Teilzahlung. Näheres durch
E. Roggenbauch, Stuttgart-Obertürkheim 37.

Arbeiterchaft, durch Steuern und soziale Abgaben ist nutzlos, solange nicht gleichzeitig eine wesentliche Erleichterung der Tributrate erreicht wird.

5. Die Deutschnationale Volkspartei wird gemäß ihrem Wahlversprechen den Kampf gegen den Neuen Plan und gegen die bisherige Handelspolitik fortsetzen und demgemäß keine Regierung unterstützen, die an diesen Kernfragen vorübergeht, sondern sie aufs entschiedenste bekämpft.

Forderungen der Wirtschaftspartei

Berlin, 3. Oktober. In der Führerbesprechung der Wirtschaftspartei, an der auch Reichsjustizminister Dr. Bredt teilnahm, wurde anerkannt, daß das Programm der Reichsregierung manchen Forderungen der Wirtschaftspartei entgegenkomme. Darüber hinaus wurden aber folgende Forderungen als Richtlinien aufgestellt:

1. Einleitung von Verhandlungen zur Herbeiführung eines sofortigen Zahlungsausschubs für die Reparationszahlung mit dem Ziel der Realisation des Youngplans.
2. Durchgreifende Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel der Beseitigung aller Parteibuchbeamten und überflüssigen Dienststellen. Freiwerdende Stellen bleiben ausschließlich dem berufsmäßig vorgebildeten Beamten vorbehalten.
3. Sofortige Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht mit dem Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und weitere entscheidende Reform des sozialen Versicherungswesens.
4. Weiterer planmäßiger Abbau der Ausgaben der öffentlichen Hand, Beseitigung der öffentlichen Regiebetriebe, Ueberführung des öffentlichen Wohnungsbauwesens in die freie Wirtschaft, weiterer Abbau von Realsteuern, Reform des Schlichtungswesens und Maßnahmen der Reichsregierung zur Senkung der kartellierten Preise und der überspannten Zinssätze.

Die Besprechungen Brünings mit den Parteiführern

Berlin, 3. Okt. Der Reichstanzler empfing heute vormittag den Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister z. D. Dr. Scholz. Nachmittags wurden für den Christlich-Sozialen Volksdienst die Abg. Mumm, Hartwig und Simpfendorfer empfangen. Anschließend werden als Vertreter der Nationalsozialistischen Staatsminister Dr. Fried und Abg. Dr. Stöhr und morgen Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei empfangen.

Wie verlautet, wird sich Abg. Lam bach (bisher Volksbund) dem Christl. Volksdienst anschließen, wodurch dieser Fraktionsstärke (15 Abgeordnete) erhalten würde.

Dr. Curtius wird am Samstag dem Kabinet Bericht über die Völkerverbundtagung erstatten, worauf der Reichstanzler über seine Besprechungen mit den Parteiführern berichten wird.

Die sozialdemokratische Fraktion trat heute im Reichstag zu einer Sitzung zusammen.

Im Reichstagsgebäude herrscht jetzt bereits reges Leben. Zahlreiche neue Abgeordnete sind schon in Berlin eingetroffen, um sich die Stätte ihres künftigen Wirkens anzusehen. Ferner hat die Verteilung der Arbeitszimmer für die Abgeordneten begonnen, die die Anwesenheit führender Fraktionsmitglieder notwendig macht. Im Sitzungssaal schreiten die Umbauten fort. Es sind nicht nur neue Sitzreihen aufzustellen, sondern infolge der Neueinteilung muß auch die ganze Abtufung des Saalbodens geändert werden. Die Umbauarbeiten sollen bis zum 10. Oktober beendet sein.

Neue Nachrichten

Opposition in der Staatspartei

Berlin, 3. Oktober. In einer Bezirksversammlung der Staatspartei in Berlin wurde gegen den Plan der Parteileitung, den Aufbau der Partei durch listenmäßige Ueberführung der Mitglieder alter Organisationen (Demokratische Partei, Jungdeutscher Orden und Volksnationale) zu vollziehen, scharfer Widerspruch erhoben. Falls der preussische Finanzminister Höpfer-Archoff und andere aus obligatorischem Denken heraus von solchen Verschmelzungsplänen nicht abkommen können, so werde man auf ihre Führerschaft verzichten. Die Versammlung erhob ferner Widerstand dagegen, daß der frühere demokratische Reichsfinanzminister Reinhold (Sachsen) einen Aufsichtsratsposten bei Ullstein & Co. übernehme. — Die Versammlung soll überwiegend von Jungdeutschen besucht gewesen sein.

Die Auseinandersetzungen wurden heute zum Gegenstand einer Führerbesprechung gemacht. Der Haupt-





Heute... gemischtes Gemüse!

... noch schmackhafter, noch gesünder durch Zubereitung mit reiner Rama Margarine.



...denn sie hat Nährwert!

ausschuss wird sich am Dienstag mit der Angelegenheit, die in der Partei sehr ernst genommen wird, beschäftigen.

Bestätigung Strafellas

Wien, 3. Okt. Die Ernennung Dr. Strafella zum Generaldirektor der Bundesbahnen durch deren Präsidenten Dollfuß ist gestern abend von der Regierung bestätigt worden. Zugleich erfolgte die Besetzung der am 30. September freigewordenen Direktorenposten.

Strafella hat den Präsidenten Dollfuß in einem Schreiben um Urlaub bis zur Durchführung und Erledigung der Berufungsverhandlung in dem Prozeß gegen die Arbeiterzeitung.

Briand mit Schmähungen empfangen

Paris 3. Oktober. Als Briand gestern aus Genf in Paris eintraf, wurde er auf dem Bahnhof von einer Gruppe Menschen mit Schmährufen empfangen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Das Parlament im Wanzenturm

Warschau, 3. Okt. In den letzten Tagen wurden in Polen weitere Abgeordnete der Opposition verhaftet. Im ganzen sind es jetzt 30. Sie sind alle in der Festung Brest-Litovsk eingesperrt und zwar in einer Kasse, die früher als Arresthaus für die Garnison diente und die von den Soldaten Wanzenturm genannt wird. Die Zellen sind je drei Meter lang und zwei Meter breit; in jeder Zelle befinden sich eine eiserne Bettstelle, ein Stuhl und ein winziger Tisch. Die Wache stellen Offiziere und Unteroffiziere, die Pistolen besonders ergeben sind.

Bombenanschlag in Lemberg

Warschau, 3. Oktober. Gestern nacht plachten in dem Gebäude der ukrainischen Konsumgenossenschaft „Dentrosjus“ mehrere Bomben. Das Innere des Gebäudes mit dem Warenlager und den gesamten Schriftlichkeiten und Büchern ist vernichtet. In den umliegenden Häusern wurden etwa 300 Fensterscheiben zertrümmert. Augenzeugen wollen zwei verdächtige Gestalten gesehen haben, die kurz nach dem Anschlag das Haus verließen. — Es kann sich nur um einen polnischen Anschlag handeln.

Die britischen Bergwerksbesitzer gegen das Kohlenbergwerksamt

London, 3. Okt. Die britischen Bergwerksbesitzer haben es abgelehnt, Vertreter in das Kohlenbergwerksamt zu entsenden, das auf Grund des Bergwerkesgesetzes errichtet worden ist. In dem Gesetz war vorgesehen, daß dem Amt sechs Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergleute angehören sollten. Die Bergwerksbesitzer nehmen den Standpunkt ein, daß in den einzelnen Bezirken besondere Lohnvereinbarungen zu treffen seien, während das Kohlenbergwerksamt den Zweck habe, für die ganze Kohlenindustrie einen einheitlichen Lohnsatz einzuführen.

Der Welfenschah

Der berühmte Welfenschah, der von der preussischen Regierung aus politischen Gründen aus dem Kunstmuseum (königl. Schloss) verwiesen wurde, ist nun in den Räumen der Deutschen Gesellschaft in der Schadowstraße in Berlin zur Schau gestellt. Die Ausstellung wird außerordentlich zahlreich von Kunstlern und Kunstfreunden des In- und Auslands besucht. Der Eindruck der wunderbaren Kunstarbeiten ist überwältigend. Reichskunstwart Dr. Redslob eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache, in der er auf den außerordentlich hohen Stand der deutschen Kunst in früheren Zeiten hinwies. Alle diese wunderbaren Arbeiten, deren Zahl erstaunlich groß ist, sind heute Museen zu Hause, um die marktschreierisch gefächelt wird. Es ist kaum zu begreifen, daß sie für Deutschland unrettbar verloren sein sollen. Tragisches Schicksal: Berlin begehrt die Tubelieferer seiner Museen und die herrlichsten Schätze früher deutscher Kunst, die zu allererst in das Deutsche Museum gehören, stehen zur Schau und zum Verkauf und nehmen höchstwahrscheinlich Abschied von Deutschland für immer.

Der Welfenschah ist in seinen wichtigsten Teilen auch in der Reichsanstalt aufgebaut gewesen, um den Mitgliedern der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, den überaus seltenen Kunstgenuss kennenzulernen. In der Reichsregierung ist ernsthaft erwogen worden, wenigstens einige der wichtigsten Stücke zu erwerben. Die Reichsregierung hat aber ihre Absicht angesichts der finanziellen Notlage des Reichs aufgeben müssen.

Das Todesurteil gegen Wiedemann-Urlau vom Reichsgericht aufgehoben

Leipzig, 3. Okt. Nachdem schon in der Verhandlung vor dem Fernsenat des Reichsgerichts am 13. August Bedenken bestanden, daß bei der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht Ravensburg gegen den Gattenmörder Alfons Wiedemann aus Urlau in verfahrensrechtlicher Hinsicht Verstöße gegen die Strafprozeßordnung sich ergeben hätten, hat jetzt der erste Senat des Reichsgerichts nach abermaliger eingehender Prüfung der Sachlage das wegen Mords auf Todesstrafe lautende Urteil aufgehoben und die Sache zur abermaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Zur Aufhebung des Urteils führte der Umstand, daß bei der Inaugenscheinnahme des Tators nicht das ganze Gericht zugegen gewesen sei. Es hätten sich ferner auf dem Weg nach der Eisbachbrücke Truops gebildet, die nicht

alle durch den Vorsitzenden des Gerichts geführt worden seien, und schließlich, daß sich über die Vollständigkeit des Gerichts bei Abgabe der Probefrische ebenfalls Widersprüche ergeben hätten. Da dies nach den §§ 226 und 338,5 der Strafprozeßordnung absolute Revisionsgründe seien, mußte das Urteil insoweit aufgehoben werden. Rechtlich bedenkfrei sei aber in materiell-rechtlicher Hinsicht die Feststellung getroffen worden, daß Wiedemann entweder als alleiniger Täter oder als Mittäter am Mord schuldig befunden wurde. Diese Feststellungen würden an sich das Urteil tragen.

Wiedemann soll in der Nacht zum 24. März 1909 eine lebenslustige junge Frau, die er kurz vorher trotz sehr schwieriger finanzieller Verhältnisse seinen Tod durch Unfall mit der unabweisbaren Summe von 317.000 Mark verheimlichte, allein oder mit fremder Hilfe erschossen haben und sich in den Besitz dieser hohen Versicherungssumme zu setzen.

Die Beisegung des Prinzen Leopold von Bayern

München, 3. Okt. Unter großer Beteiligung aller Bevölkerungskreise fand heute die Beisegung des Prinzen Leopold von Bayern in der St. Michael-Hofkirche statt. Kurz vor 9 Uhr wurde die Leiche im Palais des verstorbenen Prinzen in Gegenwart der Familienmitglieder durch die Geistlichkeit von St. Ludwig ausgelegt. Vorher hatte Prinz Adalbert von Preußen als Vertreter des früheren Kaisers und des deutschen Kronprinzen am Sarge Kränze niedergelegt. Unter den Kränzen des Präsenziermarsches wurde hierauf der Sarg von sechs Reichswehr-offizieren zur Ehrenlafette getragen und mit der weiß-blauen Hausflagge der Wittelsbacher bedeckt. Unter Vorantritt des militärischen Ehrengelächts setzte sich sodann der Trauerzug in Bewegung. Hinter dem Sarg schritten die Fürstlichkeiten. In großer Zahl war die Generalität des alten Heers und der Reichswehr vertreten. U. a. bemerkte man den Chef der Obersten Heeresleitung, Generaloberst von Heye, ferner General von Below und den Generaloberst Graf von Bothmer. Unter dem Geläute der Glocken von St. Ludwig durchschritt der Zug das Siegestor und bewegte sich zur St. Michael-Hofkirche, wo sich unter dessen Reichspräsident von Hindenburg mit dem Ministerpräsidenten Dr. Held und dem Landtagspräsidenten Stang eingefunden hatte. Gegen 10 Uhr trat der Trauerzug vor der Kirche ein. Der Sarg wurde auf einem katafalartigen Aufbau vor dem Hochaltar aufgestellt. Hinter dem Sarg nahm Reichspräsident von Hindenburg Aufstellung. Der Trauergottesdienst wurde vom Erzbischof Kardinal von Faulhaber unter Assistenz der Domgeistlichen zelebriert. Geistlicher Rat Fischer hielt eine längere Ansprache, in der er die Verdienste des verstorbenen Prinzen würdigte. Der Kirchenchor von St. Michael sang ein Requiem. Darauf folgte die Ausweihung des Sargs durch den Erzbischof. Unter dem Donner des Ehrensaluts wurde sodann der Sarg in die Gruft getragen und dort unter geistlichen Gesängen und Gebeten beigesetzt. Reichspräsident von Hindenburg wurde beim Verlassen der Kirche von der harrenden Menschenmenge mit stürmischen Hochrufen begrüßt.

Württemberg

Aus dem Leben der männlichen evang. Jugend Württembergs

Stuttgart, 3. Okt. Am kommenden Sonntag feiert der Württl. Evang. Jungmännerbund in Stuttgart sein diesjähriges Bundesfest. Nach dem Jahresbericht wurden im vergangenen Jahr in 167 Vereinen zusammen 430 Arbeitslose gezählt. Stark spürbar ist auch die Konkurrenz anderer Vereine bei der Gewinnung der Nachwuchs und die weit verbreitete religiöse Gleichgültigkeit. Aber trotzdem ist es vorwärtsgegangen. Den 10 Vereinen, die eingegangen sind, stehen 16 neugegründete Vereine gegenüber, so daß der Bund jetzt 419 Vereine zählt. Die Mitgliederzahl mit 14.674 hat gegen das Vorjahr eine geringe Zunahme erfahren. Auf Stuttgart allein entfallen 2952 Mitglieder. Die Zahl der Vereinshäuser beträgt 71, die der eigenen Spielplätze und Vereinsgärten 87, wozu noch viele gepachtete Plätze treten. Nach innen hin stand die Arbeit unter dem Zeichen einer Neubebauung. Ein wertvolles Mittel dafür waren die Kurse für Mitarbeiter. Die Turner fanden sich zu dem Bundesturntag in Ludwigsburg zusammen, der weit über Württemberg hinaus Beachtung fand und der Sache des Eichenkreuzes neuen Auftrieb gegeben hat. Dem diente auch ein Vorturnerlehrgang und ein Pfarrerturnlehrgang in Münsingen unter der Leitung des bewährten Bundesturnwarts Dör. Die Zahl der Turner beträgt 3009. Auch die Posaunenbläser sind erfreulich gewachsen (ca. 2500). Ein Höhepunkt ihrer Veranstaltungen war das 100-jährige Jubiläum des Grundbacher Posaunenchores. Weiterhin zählt der Bund gegen 1200 Sänger und 900 Pfadfinder. Einen verheißungsvollen Aufschwung nahm die Arbeit unter den Wierzehn- bis Sebzehnjährigen, die unter dem Namen „Jungvolk“ zusammengefaßt sind. Beantwortig zählen die Jungvolken 4705 Mitglieder. 777 Mitglieder sind Sonntagsschullehrer, 499 sitzen im Kirchenelementar, 75 im Gemeinderat. Nicht wenige arbeiten als Hausväter, Stadtmissionare und Diakone in der inneren Mission. Zum weißen Kreuz gehören 836 Mitglieder des Bundes, während gegen 500 als Abstinente im Kampf gegen den Alkohol stehen. Eng sind auch die Beziehungen zur Heidenmission, in deren Dienst in diesem Jahr wiederum acht Bundesmitglieder eintreten konnten.

Stuttgart, 3. Okt. Die Kommunisten fordern Auflösung des württl. Landtags. Die Kommunisten haben, so berichtet das Heilsbrunner Necker Echo, die sofortige Einberufung des Landtags beantragt. Der Landtagspräsident hat diesen Antrag zur Aufhebung der Funktionen abgelehnt. Weiter haben die Kommunisten die Auflösung des Landtags beantragt.

Verordnung über Trichinenchau. Das Innenministerium veröffentlicht eine 3. Verordnung über die Trichinenchau. Danach unterliegt der amtlichen Untersuchung auf Trichinen das Fleisch aller in Württemberg zur Schlachtung kommenden Schweine, soweit nicht Ausnahmen für Hauschlachtungen vorgesehen sind. Derselben Untersuchung unterliegen das nach Württemberg eingeführte frische Fleisch sowie das zubereitete Fleisch in Stücken (Bäckfleisch, Schinken, Speckseiten) von Schweinen. Diese Vorschrift gilt auch für Milchschweine, Hunde, Katzen, Bären, Füchse, Dachs und sonstige fleischfressende Tiere, deren Fleisch zum Genuß für Menschen verwendet werden soll. Die Verordnung tritt am 1. Januar 1931 in Kraft.

Württemberg. Notariatsverein. Der Württl. Notariatsverein e. V. hält seine diesjährige Mitgliederversammlung am 4. und 5. Oktober d. J. in Stuttgart im Konzertsaal der Viederkirche ab. Neben dem vom Vorstand zu erstattenden Geschäftsbericht und der Erörterung über die allgemeine beamtenpolitische Lage liegt den Beratungen im besonderen ein Referat über „die Reformbestrebungen in der Rechtspflege“ zugrunde.

Aus dem Lande

Plattenshardt a. d. Fildern, 3. Oktober. Aufforderung zum Steuerstreik. In der letzten Gemeinderatsversammlung hatten die Kommunisten folgenden Antrag gestellt: 1. Die von der Reichsregierung erlassenen Notverordnungen bezüglich der Erhebung neuer Steuern werden in der Gemeinde Plattenshardt nicht durchgeführt; 2. Der Gemeinderat erklärt die erlassenen Notverordnungen zur Erhebung neuer Steuern als verfassungswidrig und fordert die Einwohner auf, sich mit allen Mitteln gegen eine eventuelle Eintreibung zur Wehr zu setzen. 3. Der Gemeinderat empfiehlt im letzteren Fall den Gemeindeangehörigen, von dem Mittel der Steuerverweigerung und des Steuerstreiks Gebrauch zu machen. Wie die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, wurde dieser Antrag vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Jellbach, 3. Okt. Schwere Sturz. Gestern nacht fuhr ein zu Befehl weisendes 19 J. a. Mädchen mit dem letzten Straßenbahnzug von Stuttgart hierher. Am Stuttgarter Platz in Jellbach veräumte sie das Aussteigen und sprang aus dem fahrenden Wagen. Sie stürzte so unglücklich, daß sie einen Schädelbruch erlitt.

Omünd, 3. Okt. Ergebnis der Haushalt-Ausstellung. Die von den Hausfrauen-Abteilungen der hiesigen Frauenverbände veranstaltete hauswirtschaftliche Ausstellung „Der neuzeitliche Haushalt“ wurde am Mittwoch geschlossen. Es wurden über Erwartung hohe Verkäufe getätigt und auch die Besucherzahl 8500 ist doppelt so hoch, als bei der Risikoberechnung angenommen worden war.

Rottensburg, 3. Okt. Straßenbau. Bei einer Verhandlung der Bezirksräte Reutlingen und Rottensburg und des Gemeinderats Reutlingen über den Bau der Nachbarschaftsstraße Reutlingen — Ohmenhausen — Gomarlingen — Rehren — Reutlingen als Kooperationsarbeit einigten sich die beteiligten Körperschaften auf der Grundlage, daß die Amtsratsperspektive Reutlingen der Amtsratsperspektive Rottensburg und der Gemeinde Rehren für den Bau der Straße auf den Markungen Reutlingen und Rehren einen Beitrag von insgesamt 80.000 RM. gibt. Mit dem Bau soll sobald als möglich begonnen werden. Der Vertrag bedarf noch der Zustimmung der Amtsversammlung Rottensburg.

Münsingen, 3. Oktober. Eigentümlicher Scherz. In einer kleineren Landgemeinde wurde ein junges Paar getraut. Nach der landesüblichen Hochzeitsfeier, die sehr angeregt und heiter verlief, begab sich das junge Paar in seine neue Behausung. Gegen halb 2 Uhr früh brach plötzlich im Zimmer ein Höllenlärm los. Wihbolde hatten dreifig Weckeruhren im Brauschrant verstreut, die nun alle nacheinander abließen. Da der Schrant verriegelt und der Schlüssel versteckt war, mußte man warten, bis die Uhren abließen.

Urach, 3. Okt. Neue Kraftpostlinie. Nach Fertigstellung der seit Monaten im Umbau begriffenen Straße von Urach nach Hülben beabsichtigt die Reichspostverwaltung die Inbetriebnahme einer Kraftpostlinie zwischen den genannten Orten. Der Bezirksrat hat nun die Weiterführung dieser Linie bis Reussen angeregt. Der Bezirksrat Rüttlingen hat sich diesem Gesuch angeschlossen und dessen Berücksichtigung dringend beantragt.

Fruchtpreise. Winnenden: Weizen 13—13,50, Saatweizen 14,50 bis 16, Haber alter Ernte 8—8,50, neuer Ernte 7—7,20, Dinkel 9,50—10,70, Saatkorn 12—12,80, Roggen 10,50—12, Gerste 11 bis 11,50 RM. d. Ztr.

Herbstnachrichten. In Neckarstuttm hat die Frühlese begonnen. Mostgewicht für Portugieser 72 Grad nach Deutscher Nordheim bei Heilsbrunn ist das Quantum zu 4000 Hektoliter geschätzt. In Hohenhaslach wurden manche Bestellungen ohne festen Preis gemacht. In Laudenbach O. Mergentheim befrachtet die Qualität des Neuen. Es wurden verschiedene Käufe zu 40 RM. pro Hektoliter abgeschlossen.

Herbstnachrichten. In Mundelsheim wurde am Freitag mit der Lese begonnen. Die Qualität wird bei der üblichen sorgfältigen Auslese recht gut werden. Das Gesamt-Erzeugnis wird auf 4000 Hektoliter geschätzt. Die Lese der Trollinger schließt sich mit Beginn der nächsten Woche an. Etwaige Wünsche vermittelt das Schultheißenamt.

